

Wochenblatt

für
Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.
Wierzigster Jahrgang.

Nr. 39.

Dienstag, den 11. Mai

1880.

Tagesgeschichte.

Es war ein großes Ereigniß, welches sich am Sonnabend im Reichstage vollzog. Fürst Bismarck erschien zum ersten Male in dieser Session, kurz vor dem Schluß, um den Vertretern der Nation gegenüber das Wort zu ergreifen. Durch die meist markigen und doch zuweilen wieder rein persönlich, gefühlspolitischen Auslassungen des Kanzlers ging ein so entschieden pessimistischer Zug, daß Alle, die es ehrlich meinen mit der Wohlfahrt des neugegründeten Reiches, eine ehrlich patriotische Beklemmung, eine Empfindung dumpfen Bangens überkommen mußte. Wenn der erste Beamte des Staates die Lage seiner eigenen Schöpfung so wenig gefestigt und gesichert findet, wenn er, wie er gethan, die Seele so von düsteren Zweifeln beherrscht läßt, dann muß Manchem die Frage sich auf die Lippe drängen: „Haben wir seit zehn Jahren wirklich umsonst und vergebens gelebt und gestritten, gestrebt und gekämpft?“ In Wahrheit, es war ein niederdrückendes Gefühl, welches Jeden ergreifen mußte, der diesmal den Reichskanzler sprechen gehört. Der Eindruck, den der physisch gealterte Staatsmann hervorbrachte, wäre allein nimmermehr im Stande gewesen, eine solche Atmosphäre der Trostlosigkeit im ganzen Hause zu verbreiten, wenn nicht das, was Fürst Bismarck selbst bekannte und unverhohlen ansprach, nur allzu deutlich verrathen hätte, wie hoffnungslos er auf das Wort der deutschen Einheit schaut, das er gemeinsam mit der lebenden Generation erst geschaffen. Die Frage, welche das Eingreifen Bismarcks veranlaßte, war an und für sich geringfügig genug. Es besteht ein internationaler Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die sogenannte Elbschiffahrtsakte, welche in neuer Fassung dem Reichstag vorgelegt worden war. Dieser Vertrag ordnet u. A. die Zollfragen, welche beim Einlaufen der Schiffe aus dem Meer in die Elbe zur Behandlung gelangen. Es war schon einmal im Jahre 1868 vom Bundesrath die Grenze bestimmt worden, von welcher aus einlaufende Schiffe gehalten sind, sich der sogenannten Zollabfertigung zu unterwerfen. Zollkontrolleure gehen an Bord der Schiffe und überwachen deren zollpflichtige Ladung bis zur Lösung derselben. Diese Stelle war damals in Bergedorf festgesetzt worden. In dem neuen Vertrage hat der Bundesrath an Stelle dieses Ortes das weiter hinauf an der Elbmündung gelegene Glückstadt ebenso, wie vor zwölf Jahren, aus eigener Machtvollkommenheit, als Zollabfertigungsstätte festgesetzt. Wegen dieser einseitigen bundesrätliche Festsetzung richtet sich eine Resolution des Abg. Delbrück, welche verlangt, daß derartige Veränderungen einmal bestehender Reichseinrichtungen nur auf dem Wege des Gesetzes, nicht also ohne Befragung der Volksvertretung, ins Werk gesetzt werden dürfte. Hiermit ist der Kernpunkt des Streites, der den Kanzler nach dem Reichstag lockte, genau bezeichnet. Der Reichstag verlangt, daß keine staatliche Neu-Einrichtung vor sich gehen dürfte ohne seine gesetzliche Mitwirkung. Der Kanzler schreibt in diesem Falle dem Bundesrath ausschließlich das Recht zu, solche Neu-Einrichtungen abermals auf eigene Faust zu treffen, wie er dies unbestritten zum ersten Mal vor zwölf Jahren gethan. Was aber den Fürsten Bismarck dabei so schwer erbitterte, das ist der Verdacht, der Reichstag wolle die Genehmigung der Elbschiffahrts-Akte als PreSSIONsmittel benutzen, um seine Machtvollkommenheit auszudehnen und die Rechte des Bundesraths zu verkürzen. Von dieser Anschauung ausgehend, hielt es der Kanzler für seine Pflicht, den verschiedenen Fraktionen des Reichstages ihr Sündenregister vorzuhalten. Und nun ergoß sich in ungebändigter Fluth seine lange aufgeregte Erbitterung über die Reichslande, denen er diesmal außer den Ultramontanen und Polen auch den Fortschritt und die Freihändler, also den linken Flügel der Nationalliberalen zu rechnete. Vor Allem hielt er mit dem Centrum eine wunderliche Abrechnung. Er machte es den Konservativen wie den Liberalen zum Vorwurf, daß sie sich abwechselnd der Stimmen des Centrums bedient, um ihm Opposition zu machen. Aber er über sah ganz, daß er selbst sich ungescheut auf das Centrum stützte, und daß er dessen Reichsfeindlichkeit völlig über sah, als es sich darum handelte, mit Hilfe dieser Partei die liberalen Freihändler zu Paaren zu treiben. Wenn also die Liberalen heute zuweilen Seite an Seite mit dem Centrum gegen die Regierung stimmen, so führen sie doch im Grunde einen ganz ehrlichen Kampf, indem sie derselben Waffen sich bedienen, die der Kanzler gegen sie in Anwendung brachte, als er sie an die Wand drücken wollte.

Das Verlangen Hamburgs im Bundesrath, den preussischen Antrag auf Einziehung Altonas und eines Theiles der Hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet dem Verfassungsausschusse zu überweisen, damit dieser die Frage prüfe, ob zu einer solchen Abzweigung des Hamburgischen Zollgebietes nicht die Zustimmung Hamburgs unbedingt erforderlich sei, findet auf Seiten des Fürsten Reichskanzlers entschiedenen Widerspruch. Fürst Bismarck will unbedingt das Recht des Bundesraths festgestellt wissen, den bekannten preussischen Antrag ganz allein, ohne Hamburg und ohne den Reichstag zur Entscheidung zu bringen, so zwar, daß er selbst mit der PreSSION durch die Stellung der Kabinettsfrage nicht zurückhalten würde. An dieser prinzipiellen Feststellung liegt dem Fürsten Bismarck weit

mehr, als an dem sachlichen Inhalte seines preussischen Antrages. Er hat desalb durchblicken lassen, daß er nach einem in seinem Sinne vom Bundesrath gefaßten Beschlusse — welcher ja formell eine erweiternde Definirung der Bundesrathsbefugnisse enthalten würde — nicht abgeneigt wäre, aus dem preussischen Antrage die Einziehung von St. Pauli in das Zollgebiet zu streichen und allein Altona aus seiner bisherigen Stellung dem Zollgebiete gegenüber loszulösen. In solcher Weise reduziert, wäre der preussische Antrag allerdings ganz unfraglich unabhängig von einem Hamburgischen Separatvotum, und es bliebe nur noch die Mitwirkung des Reichstages übrig, welche Fürst Bismarck aber, wie bereits erwähnt, gleichfalls nicht für verfassungsmäßig vorgeschrieben hält. Die Kürze der gegenwärtigen Reichstags-session wird voraussichtlich das Hinderniß bilden, daß der Reichstag selbst zu dieser sehr wichtigen Verfassungsfrage Stellung nimmt.

In Hamburg bleibt man jetzt nicht mehr dabei stehen, die Einverleibung eines Theiles von St. Pauli in den Zollverein ohne die Zustimmung der hamburgischen Regierung für unzulässig zu erklären. Eine dort erschienene recht populär geschriebene Broschüre über den Art. 34 der Reichsverfassung und den preussischen Antrag kommt zu folgenden Schlüssen: 1. Preußen kann ohne Zustimmung Hamburgs den Einschluß der Stadt Altona in die Zollgrenze der bestehenden Verfassung gemäß nicht beantragen; 2. Preußen kann demzufolge ohne die Zustimmung Hamburgs den Einschluß eines Theiles der Hamburger Vorstadt St. Pauli aus gleichem Grunde nicht beantragen; der Bundesrath ist für die Entgegennahme solcher Anträge unzuständig und darf nach der Verfassung über dieselben nicht entscheiden. Damit würde sich dann der preussische Antrag vom 19. April 1880 als verwerflich darstellen und seine Zurückweisung an der Stätte, an die er gerichtet ist, einem Zweifel nicht begegnen können.

Bezüglich der Divisionsfrage hat der Abgeordnete Fürst zu Hohenlohe-Langenburg dem (auf Uebergang zur Tagesordnung gerichteten) Kommissionsvorschläge gegenüber beantragt, die auf den Gegenstand bezüglichen Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung zu übergeben, zugleich aber das Ersuchen an denselben zu richten, eine amtliche Untersuchung über die Mißbräuche der Division anzuordnen und über das Ergebnis derselben dem Reichstage im nächsten Jahre Mittheilung zu machen.

Fürst Bismarck hat am 4. Mai die erste parlamentarische Abendgesellschaft in seinem Palast gehalten. Sie war nahe an 250 Köpfe stark und alle Parteien, die Fortschrittspartei, die polnische und sozialdemokratische ausgenommen, waren stark vertreten und von diesen Parteien die Häupter und Hauptleute. Bismarck war sehr zurückhaltend und allen politischen Anspielungen und Anzuspungen gegenüber taub und ausweichend. So lauteten die ersten Nachrichten; die späteren lauten entgegengekehrt. Ueber den Culturkampf sagte er: Wir wollen den Frieden mit der Kirche; wir wollen die Möglichkeit, die Gesetze, welche den Schutz des Staates gegen die Uebergriffe der Kirche bewirken, milde anwenden oder ganz ruhen lassen zu können. „Wir wollen die Waffen auf dem Fehdtboden niederlegen, aber weggeben wollen wir sie nicht.“ (wörtlich.) Wir glauben, daß wir jetzt Frieden erhalten werden, aber die Zeit kann schnell wieder da sein, wo wir die Waffen brauchen. Er setzte nach anderen Nachrichten auf Rom und Windthorst auspielend hinzu: Das man ihn nicht leicht übervorteilen werde, das könne man wissen. Er pflege wenigstens eben so früh aufzustehen als andere Leute und manchmal lege er sich gar nicht schlafen. Der Kampf mit Kirche und Welfe sei nicht von heute, er sei 800 Jahre alt. Windthorst sei der Hauptsache nach Welfe, nur der Uebergang sei ultramontan. Er (Bismarck) werde sich vom preuss. Landtag Vollmacht geben lassen zur diskretionären Verhandlung mit Rom. Bül warf scherzhaft ein, der Landtag werde nur ihm persönlich Vollmacht geben, aber nicht der Regierung, denn dann wisse man nicht, in welche Hände die Vollmacht komme. Bismarck: Auch die Regierung werde sich zu wehren wissen. Bül: Ja, warum ist denn Fall gegangen. Bismarck: Wir haben es eben mit einer andern Nummer versucht, aber verlassen Sie sich darauf, es wird derselbe Faden gesponnen. — Ueber die Abstimmung des Reichstages über die Samoa-Inseln sagte er: „Das thut nichts, solch kleine Menjur frucht nur auf.“

Glücklicherweise ist im Augenblicke die auswärtige Lage für uns Deutsche nicht eben übermäßig bedenklich. Das Verhältniß zu Rußland hat sich insofern gebessert, als die maßgebenden Kreise der Petersburger Politik es aufgegeben haben, ostensibel gegen den Berliner Frieden Hänke zu schmieden. Die russischen Staatsmänner ersehen in dem Sturz des englischen Tory-Kabinetts ein Ereigniß, welches nicht nur ihre aktive Politik dem Ziele nach begünstigen konnte, sondern sie fühlten auch instinktiv, daß ihr Ausgeschlossen sein von der engen Freundschaftsgemeinschaft, welche seit vor. Herbst zwischen Berlin und Wien hergestellt wurde, nun am längsten gedauert haben möge. In der That machen sich denn auch schon Annäherungssymptome bemerkbar, welche sich nicht bloß auf die persönlichen Sympathien der drei Souveraine für einander beschränken.

Die Reihe der Gesandten am Berliner Hofe wird in nächster Zeit wieder um einen Vertreter eines fremden Staats vermehrt werden.

Ersteint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag)
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Ersteint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag)
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.